(Fortsetzung von der 1. Seite)

wählt wurde. In diesem sind fünf Mitglieder der SPD und über die Hälfte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Betriebsräte gelobt, am Dienstag in allen Fabriken Betriebsversammlungen durchzuführen, den Massenstreik zu beschließen und die Belegschaften auf die Straße zu führen zum Kampf gegen die Hitlerregierung.

Obwohl die Nachricht von der Ernennung Hitlers und Papens erst bei Betriebsschluß bekannt wurde, nahmen gestern bereits einige Berliner Betriebe zum Kampf gegen die faschistische Diktatur Stellung.

In den Betrieben Druckerei Boll, Knorr-Bremse, Müllabfuhr Köpenick und BVG-Bahnhof Köpenick wurde einstimmig beschlossen, den politischen Massenstreik gegen die faschistische Diktatur zu organisieren. Während des Nachmittags und Abends kam es zu Massendemonstrationen in allen proletarischen Stadtteilen Berlins.

Weitere große Demonstrationen werden aus Stuttgart, Leipzig, München, Dortmund, Frankfurt a. M., Chemnitz, Worms und vielen anderen Städten gemeldet. In Eßlingen verhinderten die Arbeitermassen einen geplanten Fackelzug der Nazis.

Proteststreik in Einsiedel

In einer Belegschaftsversammlung der Eisengießerei Leimbrock in Einsiedel wurde mit allen Stimmen sämtlicher Belegschaftsmitglieder und Betriebsräte, darunter auch sozialdemokratische, beschlossen, am Tage der Beisetzung der Todesopfer des Dresdner Blutbades einen einstündigen Proteststreik durchzuführen. Nur ein SPD-Betriebsrat brachte es fertig, gemeinsam mit einem einzigen politisch indifferenten Arbeiter gegen den Beschluß zu stimmen.

Mißtrauensantrag der KPD gegen Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur

Nazis wollen keine Winterhilfe, keine Aufhebung der Papen-Notverordnungen. Der Reichstag nochmals auf den 7. Februar vertagt

Auf Forderung der kommunistischen Reichstagsfraktion mußte für gestern nachmittag der Aeltestenrat einberufen werden. **In dieser Sitzung forderte die KPD-Fraktion die Abhaltung der ursprünglich für heute angesetzten Reichstagssitzung und beantragte, als ersten Punkt den Mißtrauensantrag der KPD gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung auf die Tagesordnung zu setzen.**

Außerdem sollen sofort im Anschluß daran die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Sozialabbau-Notverordnung Papens vom 14. Juni 1932 und sofortige Gewährung einer ausreichenden Winterhilfe behandelt werden.

Alle diese kommunistischen Anträge wurden gemeinsam von den Nazis, Deutschnationalen, Zentrum, Bayrischer Volkspartei und einigen bürgerlichen Splittergruppen niedergestimmt. Alle diese Parteien sind gegen die sofortige Einberufung des Reichstages, dessen Vollsitzung am kommenden Dienstag, dem 7. Februar, stattfinden soll. An diesem Tage will angeblich die Regierung eine Erklärung über ihr Programm abgeben.

Die Ablehnung des kommunistischen Antrags auf sofortige Einberufung des Reichstags, das offene Zusammenstimmen des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei mit Nazis und Deutschnationalen in der Aeltestenratssitzung lassen erkennen, daß das Zentrum bereit ist, die faschistische Diktaturregierung Hitler-Papen—Hugenberg zu tolerieren. Daß das

Stimmen der SPD-Fraktion für die kommunistischen Anträge nur ein parlamentarisches Manöver

ist, das zeigt ihre Stellung zum wirklichen Kampf gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur, wie er allein von der Kommunisten organisiert wird.

Im Vorwärts veröffentlicht der Parteivorstand der SPD einen schändlichen, klassenverräterischen Aufruf, in dem es heißt:

„Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung . . . Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen und Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen."

Im Kommentar dazu erklärt der Vorwärts:

„Heute Generalstreik machen, hieße die Massen der Arbeiterklasse zwecklos in die leere Luft verschleudern."

Gegenüber diesem schändlichen Klassenverrat der SPD sei daran erinnert, was der Vorwärts noch am Sonntag schrieb:

„Hitler, das ist der Bandenführer gegen die deutsche Arbeiterbewegung, der Chef des blutigen Faschismus. Ein Kabinett Hitler werde, wenn ihm das Zentrum durch seine Tolerierung eine parlamentarische Basis verschaffen sollte, ein **recht ein Kabinett der Provokation sei."**

„Auf dem Boden der Verfassung" führt die SPD den „Kampf" gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur! Sie hat ihren Präsidentschaftskandidaten Hindenburg, der dieses Kabinett der verschärften faschistischen Diktatur ernannt hat, an, dafür zu sorgen, daß „der Boden der Verfassung nicht verlassen" wird.

Inzwischen verschärfen sich die Terrormethoden gegen die Arbeiterklasse, gegen ihre Führung, die KPD! Druckereien werden versiegelt, Zeitungen verboten und beschlagnahmt, KPD-Demonstrationen und -Versammlungen unterdrückt. Die faschistischen Horden bereiten sich auf die blutige Niederschlagung des revolutionären Proletariats vor — und die SPD sabotiert die Kämpfe der Arbeiterschaft, hetzt die faschistische Diktatur gegen die KPD und versucht die Entfaltung einer Welle mächtiger Protestaktionen in den Betrieben zu verhindern.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Formierung der kämpfenden roten Einheitsfront aller Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die faschistische Diktatur!

ADGB-Bitt-Telegramm an Hindenburg

Untertänige Bitte an Hindenburg anstatt Massenmobilisierung aller Arbeiter gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur. Jetzt erst recht schließt in den Betrieben die kämpfende Einheitsfront!

Auf der Reichsbetriebsrätekonferenz des ADGB, die kürzlich stattfand, erklärte Leipart (laut Vorwärts vom 25. Januar):

„Es gibt keine revolutionärere Bewegung, als unsere Gewerkschaftsbewegung. Wir sind immer noch die eigentlichen Revolutionäre . . . Wir bekennen uns zur revolutionären Idee . . ."

Mit solchen „radikalen" Redensarten versuchte Leipart die Kapitulation des ADGB-Vorstandes vom 20. Juli, die Streikbruchtätigkeit beim Berliner BVG-Streik und den Schleicherkurs der ADGB-Führung zu vertuschen. Vielleicht hat mancher Gewerkschaftskollege, mancher sozialdemokratische Arbeiter wirklich einen Augenblick geglaubt, daß Leipart, Eggert und Co., die Agenten des Kapitalismus, plötzlich Klassenkampf führen wollen. Jetzt können diese Kollegen wieder sehen, daß die ADGB-Führer nur darauf ausgehen, mit Redensarten die Empörung der Arbeiterschaft zu dämmen und unentwegt ihre arbeiterverräterische Politik fortzusetzen.

Welche Stellung nimmt nämlich der ADGB-Vorstand jetzt angesichts der neuen faschistischen Vorstöße und Staatsstreichpläne ein?

Leipart hat sich mit Stegerwald und den Führern aller reaktionären Gewerkschaften zusammengesetzt und im Namen des ADGB, der christlichen Gewerkschaften usw., ein — Telegramm an Hindenburg gerichtet. Es beginnt mit

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!"

und enthält die demütige Bitte:

„Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen, ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen."

Das Telegramm endet mit der Bitte, um einen Empfang durch Hindenburg.

Statt die Arbeiter, die Belegschaften, die Gewerkschaften mobil zu machen gegen den Faschismus, gegen eine „verfassungsmäßige" neue faschistische Diktaturregierung mit Papen und Hitler, gegen die Staatsstreichpläne des Faschismus — appelliert der ADGB-Vorstand an Hindenburg!

Statt Kampfaktionen der Betriebe und Stempelstellen — ein Telegramm an Hindenburg! Statt Anwendung der mächtigen Kampfmittel der Betriebsbelegschaften — Anwendung des Bleistifts und Telegrammformulars! Ist das revolutionär? Das ist konterrevolutionär! Das ist die beste Hilfe für Papen, Hitler, für die faschistischen Staatsstreichler!

Mobilmachung der Betriebe, Stempelstellen und der Gewerkschaftskollegen — darauf kommt es an. Einheitsfrontaktionen aller Arbeiter, das ist das dringendste Erfordernis der Situation. Die Betriebe fertig machen, das ist das Gebot der Stunde!

Volkszeitung propagiert Tolerierung

Die Dresdner Volkszeitung brachte gestern die Meldung von der Ernennung der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung unter der Ueberschrift „Hitlers Baronskabinett". Damit soll vor den sozialdemokratischen Arbeitern die alarmierende Tatsache der offenen Beteiligung der Nazipartei an der Reichsregierung bagatellisiert werden. In einer zweiten Auflage der Volkszeitung wurde noch die Meldung eingefügt, daß Hitler den „Eid auf die Verfassung geleistet" hat. Auch damit soll der Eindruck erweckt werden, als habe sich nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nicht das geringste verändert.

Es ist bezeichnend, daß in einem langen Artikel der gestrigen Volkszeitung, der zu der Regierungskrise Stellung nimmt und noch vor dem Bekanntwerden Hitlers Kanzlerschaft geschrieben war, nicht mit einem Wort die Möglichkeit der Ernennung Hitlers zum Kanzler erwähnt wird, obwohl schon am Sonnabend die Tatsache bekannt war, daß Papen mit Hitler verhandelte und besonders auch Schleicher Hitler als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen mit dieser Methode des Verschweigens und der Beschwichtigung beruhigt werden.

Die einheitliche und geschlossene Kampfkraft der Arbeiterschaft gegen die Hitlerdiktatur soll gelähmt werden, um die sozialdemokratischen Arbeiter, wie am 20. Juli, wiederum von „Unbesonnenheiten" zurückzuhalten — das heißt, sie abzuhalten, gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassengenossen den Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu führen.

Das sind dieselben Bestrebungen, wie sie mit dem Aufruf des Dresdner ADGB-Ortsausschusses verfolgt wurden, der den Gewerkschaftsmitgliedern verbot, an dem heutigen Massenstreik gegen das Blutbad im Keglerheim und gegen die verschärfte faschistische Diktatur teilzunehmen. Die SPD- und Gewerkschaftsführer reden von der „Herstellung der Einheitsfront", um die Entstehung der wirklichen proletarischen Klassenfront um so besser verhindern zu können.

In dem schon erwähnten Artikel der Dresdner Volkszeitung von gestern wird der „Vorwärts" zitiert und ausgerechnet jene Stelle, wo der eigene erbärmliche Beitrag von dem „Kampf der SPD gegen den Faschismus" selbst entlarvt wird. Es wird dort gesagt, was Hindenburg alles mit Zustimmung der SPD tun könne:

„Er kann Beamtenregierungen ernennen, die sich der strengsten Unparteilichkeit befleißigen und die sich durch ihre sachliche Arbeit Vertrauen im Volke erwerben. Er kann von seiner überlegenen Machtstellung aus das Spiel der Kanzlerrücktritte und -ernennungen mit oder ohne Auflösung und Wahlen so lange fortsetzen, bis sich auch die Volksvertretung zu positiver Mitarbeit im Sinne der Verfassung bereit zeigt. Aber seine Kanzler müssen Männer sein, die auch bei ihren politischen Gegnern Achtung genießen."

Es lebe der Faschismus mit „geachteten" Kanzlern . . . Und zum Ueberfluß hat noch Breitscheid in seiner Rede im Friedrichshain demonstrativ erklärt, die Sozialdemokratie lege sich „nicht auf die Barrikaden fest", sondern werde mit den zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen die faschistischen Staatsstreichpläne protestieren . . . So setzt die Sozialdemokratie, die seinerzeit dem Papenprogramm „eine Chance" gab, die dann Schleicher als kleineres Uebel hinstellte und deren Leipart offen Erklärungen für Schleichers Faschistendiktatur abgab, ihre Kapitulationspolitik vom 20. Juli fort. Es ist da nur konsequent — wenn die Führer der SPD, die Löbe und Leipart auch heute, wo Hitler Reichskanzler ist, mit allen möglichen Manövern, mit Mätzchen, die sozialdemokratischen Arbeiter von der kämpfenden Einheitsfront mit den Kommunisten abzuhalten suchen.

Verschärfter Terror gegen KPD!

Arbeiterstimme beschlagnahmt — Rote Fahne verboten

Entgegen den „beruhigenden" Versicherungen des Nazi-Reichsinnenministers Frick hat der Terror gegen die KPD auf der ganzen Linie eingesetzt.

In den gestrigen Nachmittagsstunden beschlagnahmte die Polizei unsere gestrige Ausgabe der Arbeiterstimme, ohne Gründe für diese Beschlagnahme anzugeben. Es fielen ihr insgesamt 127 Exemplare in die Hände.

Die heutige Ausgabe der Roten Fahne wurde sofort in der vergangenen Nacht bei Erscheinen beschlagnahmt mit der Erklärung, das Zentralorgan der KPD sei verboten. Ueber die Dauer des Verbotes ist bisher nichts bekannt. Bei Beschlagnahme der Roten Fahne wurde das ganze Haus besetzt, ist aber in den frühen Morgenstunden wieder geräumt worden.

Die Polizeipräsidenten von Essen und Koblenz haben alle in diesen Städten angesagten kommunistischen Versammlungen und Demonstrationen verboten. Hand in Hand damit geht

ein verschärfter Straßenterror der Nazis.

In Neukölln wurde gestern abend ein Arbeiter von 50 Nazis niedergeschossen. In Oranienburg wurden zwei Arbeiter niedergeknallt und in Charlottenburg wurde bei einem Ueberfall auf ein Arbeiterlokal ein Polizeibeamter von Nazis erschossen.

Erste Sitzung des Diktatur-Kabinetts

Berlin, 31. Januar (Eig. Drahtbericht)

Die faschistische Diktaturregierung hielt gestern ihre erste Sitzung ab, in der konkrete Beschlüsse noch nicht gefaßt wurden. Der Naziführer Funk, der im Herrenklub ein radikale Herabsetzung der Löhne gefordert hatte, wurde zum Reichskommissar für die deutschnationale Unternehmerinnidikus Lammers zum Chef der Reichskanzlei ernannt. Gegenüber der Presse hat der Reichsminister des Innern, Frick, die „beruhigende" Erklärung abgegeben, die Regierung wolle nur mit der Verfassung regieren, wolle die Presse nicht unterdrücken, wolle die KPD nicht verbieten! Im Gegensatz hierzu hat er an anderer Stelle erklärt, es werde „gegen die KPD mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen".

Die Protestflut steigt!

Aus immer neuen Betrieben kommen die Meldungen von durchgeführten Protestaktionen gegen das Blutbad im Keglerheim und gegen die verschärfte faschistische Diktatur. So nahmen die Arbeiter des Bahnhofs Dresden-Friedrichstadt in einer Belegschaftsversammlung Stellung und forderten die Bestrafung der Schuldigen. Eine Versammlung der Polsterer in Zittau erhob gleichfalls Protest. Weitere Protestentschließungen faßten eine von über 200 Arbeiterinnen und Arbeitern besuchte Betriebsversammlung der Firma Gebr. Hofmann-Dresden und die Betriebsratssitzungen des Betriebes Universelle und der Asbestfabrik Hecker.

Eine Belegschaftsversammlung der Deutschen Kabelwerke, Berlin, beschloß einstimmig, heute einen Proteststreik durchzuführen. Die Rote Hilfe erhielt aus Odessa folgendes

Telegramm:

„Erfahren heute faschistisches Blutbad stop Protestieren aufs schärfste stop Geloben unverbrüchliche Kampfsolidarität den Hefzer und Matrosen Seeschiff „Abana", Heimathafen Batum, zur Zeit Odessa."

Eine Versammlung des Vereins für Volksbildung in Dresden, aus dessen Reihen ein Opfer zu beklagen ist, beschloß, geschlossen in die Antifaschistische Aktion einzureihen.

Gesteigerte Solidaritätsaktion

Aus allen Betrieben und Orten wird berichtet, daß die Belegschaft leuchtende Beispiele der Opferbereitschaft für die Unterstützung der Hinterbliebenen der erschossenen Klassengenossen gibt. Die Ortsgruppe Dohna der Roten Hilfe führte am Sonntag eine Sammlung durch. Es wurden 110,70 Mark gesammelt.

Hitler — Papen und Hugenberg

Hitler sitzt zusammen mit dem Herrenklubler Papen und dem „Hugenberg", wie er in der Nazipresse immer genannt wurde, in einem Kabinett der verschärften faschistischen Diktatur gegen das gesamte werktätige Volk. Um die ganze elende Verlogenheit der Naziknechte des Trustkapitals aufzuzeigen, sei hier aus dem Phrasenschatz der Hitlerpresse einiges hervorgeholt aus der Zeit der letzten Wahl, wo man noch „Opposition" gegen Papen und seinen Einpeitscher, Geheimrat Hugenberg, mimte:

Die Nazis über Papen:

„Von Papen will die Löhne und Gehälter der arbeitenden Schichten so weit herabdrücken, daß überhaupt keine Möglichkeit zum Leben für fast alle deutschen Familien mehr besteht . . . Ausbeuter und ‚seine Kavaliere' betonen hocherfreut, daß nun endlich ein ‚Mann der Tat' in Deutschland Politik macht und glauben die Zeit bald gekommen, in der sie Millionen ehrbarer Arbeitsmänner wieder wie ‚Knechte' im wahrsten Sinne des Wortes behandeln können."

(Wahlflugblatt der NSDAP vom Oktober 1932. Verantwortlicher Herausgeber: Joh. Engel, MdL, Berlin W 9, Voßstraße 11.)

Nazis über Hugenberg und die Deutschnationalen:

„Wenn den Arbeitern die Löhne gestürzt werden; wenn den Arbeitslosen die Unterstützungssätze gestrichen werden; wenn den kleinen Rentnern die letzten Hungergroschen genommen werden; wenn die Konzerne und Trusts . . . subventioniert werden; wenn die Faulenzer ernten wollen, wo andere gesät haben — dann sind die Deutschnationalen immer dabei!"

(„Angriff" von Goebbels, 22. 10. 1932)

„Ihr Herren Deutschnationalen! Ihr habt das Volk und alle mit ihm verraten! Das vergißt euch das Volk nicht! Weg mit allen reaktionären Verrätern!"

(„Völkischer Beobachter" Nr. 287 vom 18. 10. 1932)

Heute sitzt Hitler mit Papen und Hugenberg in einer Regierung, um die faschistische Diktatur in Deutschland unter „soziale" Verbrämung des Herrn von Schleicher blutig über die Arbeiterklasse in Deutschland aufzurichten. Diejenigen werktätigen Schichten, die immer noch an die Hitler und Genossen glauben, müssen sehen, daß alles Oppositionsgeschrei gegen Schleicher, Papen und die kapitalistischen Ausbeuter seitens der Führer Lug und Trug war, dazu bestimmt, die Anhänger der Nazipartei darüber zu täuschen, daß sie durch die Politik Hitler, Straßer und Goebbels den Mächten des Finanzkapitals und der Reaktion ausgeliefert werden sollen. Durch elenden Betrug und Trug wollen sie euch, ihr Werktätigen, die ihr an die sozialen kapitalistischen Phrasen der Nazis glaubt, darüber hinwegtäuschen, daß sie als Soldknechte der kapitalistischen Ausbeuter die Aufgabe haben, die morsche kapitalistische Welt durch blutige Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen, vor ihrem Untergang zu retten.

Heraus aus dieser Partei der Kapitalssöldner und des blutigen Arbeitermordes, hinein in die kämpfende Einheitsfront des Proletariats! Hier, in der brüderlichen Solidarität mit allen Werktätigen unter Führung der KPD, kämpft mit gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen die kapitalistische Diktatur! Die proletarische Einheitsfront führt euch zum Sozialismus!